

Die Inquisition kommt wieder

Nachtigall.....	2
Proteste in Stuttgart.....	5

Augsburg, 5.3.2006 Nachdem seit Jahresanfang in Baden-Württemberg ein „Gesprächsleitfaden für die Einbürgerungsbehörden“ angewandt wird, der an diskriminierenden Vorurteilen und Verdächtigungen v.a. gegen Muslime kaum mehr zu überbieten ist¹, wurde aus Hessen eine „Einbürgerungsfibel“ im Stil eines „Wissenstests“ ruchbar und nun tritt der bayerische Innenminister auf den Plan. Beckstein betont, dass Bayern hier selbstverständlich nicht nachstehen werde, aber der Fragenkatalog aus Baden-Württemberg werde wahrscheinlich nicht eins-zu-eins übernommen: „Einige der Fragen seien für die Gewissenserforschung des Gegenübers denkbar ungeeignet und unter Umständen auch juristisch angreifbar“, weiß die Augsburger Allgemeine aus einer vertraulicher Quelle des bayerischen Innenministeriums zu berichten.

Beckstein bereitet eine wasserdichte Gesinnungs- und Loyalitätsprüfung für Menschen v.a. aus dem muslimischen Kulturkreis vor. Zu den Hürden, mit denen sich die bayerisch-deutsche Leitkultur vor fremden Kultureinflüssen schützt, gehört bereits jetzt die Regelanfrage beim Verfassungsschutz über jeden Einbürgerungsbewerber sowie ein Sprachtest. Hinzu kommt jetzt ein 20-seitiger Fragebogen aus dem Innenministerium, der ab März 2006 in jeder bayerischen Ausländerbehörde jedem Einbürgerungsanwärter vorgelegt wird.

Um eine mögliche Sympathie einbürgerungswilliger Ausländer für „extremistische“ Organisationen zu prüfen, läßt Beckstein alle 193 Organisationen, die vom bayerischen Verfassungsschutz als „extremistisch“ beobachtet werden, einzeln abfragen.

Das „Ja“ muss ankreuzen, wer Mitglied oder auch nur Sympathisant der jeweiligen Organisation ist oder war. „Als Unterstützung ist insbesondere jede Mitarbeit, Spenden, Kauf von Presseerzeugnissen und die Teilnahme an Veranstaltungen zu werten.“ Bereits bei der ersten Nachfrage eines Bewerbers wird der Fragebogen ausgehändigt und muss vor Ort in der Amtsstube ausgefüllt werden. Zu den vom bayerischen Verfassungsschutz inkriminierten Organisationen zählt zum Beispiel die VVN, das Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee, der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund der DDR) und seit 1990 auch die PDS.

Nick Brauns schreibt in der *jungen Welt*: „Das Bayerische Innenministerium geht offensichtlich von einer Art geheimer Agenda der Linkspartei aus. So heißt es im aktuellen Verfassungsschutzbericht zur PDS: »Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems der Freiheit und der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen ›sozialistischen Gesellschaft‹ gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei, die vor allem außerparlamentarisch erreicht werden müssten.« Das Bekenntnis der Partei »zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die ›Herrschenden‹ und die ›gegebenen Verhältnisse‹ sei »mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar«. Als aktuellen Beweis für die Verfassungsfeindlichkeit der im Bundestag mit mehr als 50 Abgeordneten vertretenen Formation führte Ministeriumssprecher Ziegler den Protest vieler Linkspartei-Mitglieder gegen die antikubanische Entschließung des Europaparlaments an.“ *jW 16.2.*

In Einzelfällen, so bestätigte der Sprecher des Landesinnenministeriums, Thomas Ziegler, am Mittwoch gegenüber *junge Welt*, könne nichtdeutschen Linkspartei-Mitgliedern daher die Einbürgerung verweigert werden.

Noch nicht geklärt sei, was mit Mitgliedern einer künftigen Linkspartei geschehe. „Das müssen wir dann bewerten, im Moment ist die WASG nicht unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz,

ganz im Gegensatz zur PDS, die in Bayern und auf Bundesebene beobachtet wird“, erklärte Innenministeriumssprecher Michael Ziegler der *taz.* (16.2.)

Nachtigall...

Die Strategen im bayerischen Innenministerium versuchen damit, den WASG-Flügel, der sich nicht mit der Linkspartei.PDS zusammenschließen will, zu bestärken. Zudem sollen antisozialistische Kräfte in der WASG geködert werden und sozialistische Kräfte in WASG und PDS eingeschüchtert werden. Denn parallel zur Einschüchterung der Migranten läuft die Einschüchterung von Beamten und Bewerbern im Staatsdienst mit den gleichen Methoden. Wir wollen aber vor einer großen Illusion warnen. Wenn der Ministeriumssprecher behauptet, die WASG stünde nicht unter Beobachtung, so muss das nicht heißen, dass dem so ist. Wie die Bezeichnung Geheimdienst schon sagt, arbeitet er geheim und dazu gehört Ablenken und Täuschen durch Finten. Das heißt, es wäre vom Verfassungsschutz nicht mal gelogen sondern pflichtschuldige Taktik, wenn er behaupten würde, die WASG würde nicht beobachtet und er beobachtet die WASG trotzdem.

Und *wie* die WASG beobachtet und infiltriert wird! Mit Sicherheit nicht weniger als die PDS. Was soll denn die Staatsregierung mehr fürchten als den Zusammenschluss einer linken, ernstzunehmenden Opposition, in dem die Antifaschisten einen festen Bestandteil bilden? Da würde viel auffliegen und in Gefahr geraten im rechtskonservativen Herrschaftssystem. Im Grunde muss die bayerische Staatsregierung das Gelingen eines Linksbündnisses viel mehr fürchten als sie Muslime fürchten muss. Mit der Verknüpfung der Einbürgerungsprüfung mit einer Inkriminierung der PDS- oder VVN-Mitgliedschaft verrät das Innenministerium sich selbst, seinen kaum zügelbaren Hass auf Linke und seinen Horror vor Antifaschisten.

Die Position der Landtagsopposition ist ambivalent. Anscheinend sind die Grünen, d.h. ihre Rechtspolitikerin Christine Stahl, dem Fragebogen des Innenministeriums auf die Spur gekommen. Nach einer Ausgabe des Münchner Merkur vom 24. Januar mit entsprechenden Andeutungen ⁱⁱ fasste Christine Stahl in einer Fragestunde des Landtags am 1. Februar nach ⁱⁱⁱ. Auch hier hielt sich Beckstein noch bedeckt, ließ aber per Rundschreiben vom 7. Februar einen 20-seitigen Fragebogen an die Einbürgerungsbehörden ergehen.

Christine Stahl ist in diesen Dingen gewitzt, schon einmal ist sie dem Innenminister auf einen geheimen Fragebogen gekommen. ^{iv} Damals wurde von iranischen Oppositionellen das Engagement Frau Stahls gegen den Fragebogen gewürdigt, gleichzeitig aber ihr prinzipielles Einverständnis mit einer „sicherheitsrechtlichen Befragung“ von Menschen aus arabischen Staaten, Iran, Afghanistan, Palästina kritisiert, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen oder verlängern. Iranliberty schrieb: „Im Hause Beckstein bezieht man sich auf das 2. Antiterrorpaket der Bundesregierung, das unter anderem vorschreibt, Personen, die die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden, eine Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern. Ein Grundsatz gegen den sich nach den Erfahrungen des 11. September 2001 kein politischer Widerspruch erhob. So hat beispielsweise auch die Vorsitzende der Landtags-Grünen, Christine Stahl, vollstes Verständnis dafür, „dass man präventiv tätig sein will und etwa nach Leuten mit Verbindungen zur Terrororganisation Al Quaida sucht.“,

Ähnlich ambivalent die Rolle der bayerischen Grünen im aktuellen Fall. Sie versuchen sich in lautstarker Kritik an Beckstein zu profilieren, unterstützen aber die seit drei Jahrzehnten praktizierte Regelanfrage beim Verfassungsschutz! Es sei eine „Doppelung der Kontrolle“, wenn der Bewerber für die Einbürgerung jetzt auch noch selbst einen Fragebogen ankreuzen soll. Wir zitieren Spiegel online vom 15. Februar: „Falls gegen den Einbürgerungswilligen etwas vorliegt, sei es Sache der Verfassungsschützer, eine Regelanfrage entsprechend zu beantworten, sagt Christine Stahl: „Das reicht, ich muss mich darauf verlassen, dass der Verfassungsschutz seinen Job macht.“,

Diese Position der Grünen läuft eigentlich darauf hinaus, dass man den Angaben des Bewerbers sowieso nicht trauen könne. Besser sei es schon, sich hier ganz auf den Geheimdienst zu verlassen. Bei aller ernsthafter Opposition der Grünen gegen den Rassismus der Staatsregierung bzw. der CSU, die es natürlich auch gibt, begeben sich hier die Grünen an die Seite Becksteins, da kann das laute politische Getöse eines Sepp Dürr nicht darüber hinweg täuschen.

Allerdings muss man auch Becksteins Strategie durchschauen: Beckstein will tatsächlich eine „doppelte Kontrolle“. Klar, dass Beckstein sich voll auf seinen Geheimdienst stützt, aber bei tausenden, zehntausenden Muslimen kann man schon mal welche herausfischen, die sich auf dem Amt durch den Fragebogen überrumpeln lassen und Dinge angeben, die der VS noch nicht weiß. Vor allem aber kann man noch Jahre später welche herausfischen, über die der VS bei der Einbürgerung noch nichts wusste oder noch nichts wissen konnte, weil der Einbürgerungswillige z.B. noch keine VVN-Zeitung gekauft hat oder noch keine Veranstaltung der Links-Partei besucht hat. Der VS hat nun jahrelang Zeit, Erkenntnisse zu sammeln, um dem Eingebürgerten einen Strick zu drehen wegen „falscher“ Angaben auf dem Fragebogen. Und welcher Eingebürgerte kann z.B. nachweisen, dass seine Sympathie für die VVN erst mit der Spende für diese Organisation entstand und nicht schon zum Zeitpunkt des Ausfüllens des Fragebogens bestanden hat!? Das Damoklesschwert der Ausbürgerung soll also permanent über den Eingebürgerten schweben.

Zu den zwei Klassen von Menschen unterschiedlichen Rechts, die wir hier schon haben – nämlich grob gesagt Deutsche und Ausländer – soll noch eine dritte Klasse hinzugefügt werden: der Eingebürgerte auf Widerruf. Den Wächterrat stellt das Innenministerium, die deutsche Gesinnungsgemeinschaft – die sich im Kulturkampf anbahnt – wird zum Gesinnungsterror führen, für den ein wuchernder Geheimdienst die Basis schafft.

Immerhin, sogar die Augsburger Allgemeine sieht hier ein Verfassungsproblem. Uli Bachmeier in einem Kommentar: „Gerade aus der Sicht unserer Verfassung aber ist ein Punkt problematisch: Beckstein will, sollten sich die Angaben in dem Fragebogen zu einem späteren Zeitpunkt als unwahr erweisen, die Einbürgerung wieder zurücknehmen können. Damit würde es zwei Klassen von Staatsbürgern geben: freie (geborene) Deutsche, die zum Beispiel in die PDS eintreten oder sich von einer Sekte bekehren lassen können, und unfreie (eingebürgerte) Deutsche, denen in solchen Fällen die Ausbürgerung droht. Ein Sieg für unsere Verfassung wäre dies nicht.“ *AZ 15.2.*

Bei einer kritischen Umfrageaktion der Bündnisgrünen Jugend Augsburg auf dem Rathausplatz kam heraus, dass ein hoher Prozentsatz von vor allem deutschen Bürgern einen Gesinnungsfragebogen wie in Baden-Württemberg erstens nicht bestehen würde und zweitens für Bayern ablehnt. ^v Claudia Roth kündigte bei der Gelegenheit einen Vorstoß im Bundestag an, den „Muslimtest“ Baden-Württembergs zu missbilligen. Mit knapper Mehrheit wurde dieser Antrag der Grünen im Bundestag abgelehnt. Zwar distanzieren sich neben Abgeordneten von Grünen und Linkspartei auch Parlamentarier von SPD und FDP von dem Leitfadens. Aber bei der Abstimmung stimmten die meisten SPD- und Liberalen-Abgeordneten jedoch gegen den Antrag der Grünen! Damit sind die Voraussetzungen, dass ein womöglich bundeseinheitlicher Gesinnungstest im Bundestag abgelehnt wird, denkbar schlecht, nachdem sich die Abgeordneten von SPD und FDP nicht mal zur Ablehnung des Baden-Württemberger Tests durchringen konnten!

Und was sagt die SPD dazu, zumal ja ein bundeseinheitlicher Gesinnungstest im Anmarsch ist, an dem sie ja wohl mitwirken wird oder mitwirken soll? Der *Münchener Merkur* bringt die Position der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zum Gesinnungstest in Baden-Württemberg:

„Das Grundanliegen, nur Menschen hereinzulassen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, ist legitim“, sagt Johannes Kandel, Islam-Fachmann der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ebenso legitim findet er, zwischen Einwanderergruppen zu differenzieren - eine „bestimmte Gefährdungslage“ rechtfertige das. Doch wenn sich die Bundesrepublik, wie die USA, als Zuwanderungsland begreife, müsse sie ein Gleichgewicht aus drei Elementen wahren - Integrationspolitik, zivilgesellschaftlicher Dialog und Gefahrenabwehr. Der Test sei ein mögliches Instrument, das Kandel aber kritisch sieht, auch, weil „Bewertungskriterien“ fehlten. Sein Alternativvorschlag: das Bildungsprogramm in den Integrationskursen ausbauen. *mm 25.1.2006.*

Das klingt nicht nach großer Opposition. Die Vorwürfe von Grünen und SPD gegenüber Beckstein wegen „Ausgrenzung statt Integration“ oder „Gesinnungsschnüffelei“ können angesichts der zitierten Aussagen nicht so ernst gemeint sein. Es zeichnet sich eine politische „Kompromiss“-Linie der „Opposition“ ab, die alle Sorten von Überwachung, Befragung, Gesinnungsprüfung, Terrorabwehr etc. unterstützt, sofern sie nur „differenziert“ angewandt werden.

Hier ist auch die FDP einzuordnen, deren Generalsekretär Niebel es fertig bringt, den baden-württembergischen Fragebogen „scharf“ zu kritisieren und ihn gleichzeitig „grundsätzlich für

vernünftig“ zu halten. (lt. *Netzeitung* vom 28.1.) Immerhin ist die FDP in Baden-Württemberg an der Regierung beteiligt, also mitverantwortlich für den dortigen Test. Die *Netzeitung* weiter:

„Niebel hat sich für einen deutschlandweit geltenden Leitfaden für Gespräche zur Einbürgerung ausgesprochen. «Es muss erlaubt sein, sich einen persönlichen Eindruck über jemanden zu verschaffen, der deutscher Staatsbürger werden will». Nach Niebels Ansicht sollte sich der Leitfaden «vorzugsweise nur mit den Dingen beschäftigen, die den Staat überhaupt etwas angehen». Dazu gehöre die Einstellung zur freiheitlich- demokratischen Grundordnung sowie «das Verständnis für unser Gesellschaftssystem, das es erlaubt, bei uns ohne eine Subkultur leben zu können». Ein «Ausschließungsgrund» dürfe von einem solchen Leitfaden aber «nicht abgeleitet» werden, betonte der FDP-Politiker. Für denkbar hält er allerdings, dass bei der Einbürgerung ein Eid auf die Verfassung geschworen werde. «Es könnte helfen, ein bestimmtes Wir-Gefühl entstehen zu lassen, und das Wir-Gefühl fördert bestimmt die Integrationswilligkeit», sagte er.“

So heruntergekommen sind also heutzutage liberale Grundsätze. Und die bayerische FDP, der manche noch viel Oppositionspotential und liberale Qualitäten zugestehen? Frau Leutheusser-Schnarrenberger schwenkt auf die CDU ein. Der Webseite der FDP Bayern entnehmen wir:

„Die FDP-Fraktionsvize Sabine Leutheusser-Schnarrenberger unterstützt Überlegungen in der Union, Ausländer vor einer Einbürgerung zum Besuch eines Staatsbürgerkurses zu verpflichten. «Ich kann mir gut vorstellen, neben Deutsch-Kursen für Einbürgerungswillige eine gewisse Anzahl von Pflicht-Stunden vorzugeben, in denen Kenntnisse über unser Staatswesen und unsere grundgesetzlichen Werte vermittelt werden», sagte die FDP-Politikerin der «*Netzeitung*». «Nur wer an einem solchen Kurs in Staatsbürgerkunde teilgenommen hat, würde die formelle Voraussetzung für die Einbürgerung erfüllen.» Die Standards hierfür sollten deutschlandweit gleich sein: «Es spricht viel dafür, eine bundeseinheitliche Praxis zu haben.»,

Natürlich kommt das bei der FDP wohlmeinender daher und nicht so gehässig wie bei einem Bosbach von der Union. Fakt ist aber, dass es sich bei den diskutierten „Kursen“ nicht einfach um ein Angebot in Staatsbürgerkunde handelt, sondern um Pflichtkurse mit Prüfungen. Also um zentrale Einbürgerungstests, die den sowieso schon hohen Hürden für eine Einbürgerung in Deutschland eine weitere hinzufügen. ^{vi}

In einer aktuellen Stunde zur „Integration von Ausländern“ im Landtag am 16.2.2006 schickte die CSU den Regensburger Abgeordneten Welnhofen als Kampfhund in die Arena. Welnhofen sprach sich dafür aus, den Ehegattennachzug wieder zu verschärfen und pochte auf ausländerpolitische Grundsätze: „Wir müssen darauf achten, dass Deutschland Deutschland bleibt.“ Wer nach Deutschland komme, betonte Welnhofen, müsse sich auch integrieren wollen, vor allem in Bezug auf die Sprache, Wert- und „Hausordnung“. ^{vii} An diesem Welnhofen durften sich für die Grünen Sepp Dürr und für die SPD Rainer Volkmann, Angelika Weikert, Wolfgang Vogel, Franz Schindler abarbeiten. ^{viii}

Die Abgeordneten von SPD und Grünen sprachen der CSU durchgehend den Willen und die Fähigkeit zu Integrationspolitik ab. Gleichzeitig näherten sie sich der CSU in zentralen Punkten. So sprach Franz Schindler, SPD, von einem „ganz großen Konsens“ mit der CSU, „es dürfen in Deutschland keine Parallelgesellschaften entstehen“. Sepp Dürr, Grüne hob auf das bürgerschaftliche Engagement ab zum Zwecke eines „starken Staates“ – eine wahrhaft tolle Replik auf Beckstein. Wolfgang Vogel, SPD, sprach von „fragwürdigen Verwaltungsmethoden, ärgerlichen und zum teil überflüssigen Fragebögen“ – wahrlich keine grundsätzliche Position gegen Gesinnungstests und diskriminierende Fragen.

Rainer Volkmann, SPD, beteuerte gegenüber der CSU: „Fordern und Fördern“ sei im Zuwanderungsgesetz von Anfang an enthalten gewesen, die CSU habe dies jahrelang verhindert und tue so, als ob sie das Prinzip erfunden hätte. Rotgrün selbst habe die Bestimmungen gegen Zwangsehen noch verschärft, das solle Beckstein endlich zur Kenntnis nehmen. Volkmann verwahrte sich gegen Belehrungen der SPD in Sachen Gleichberechtigung der Frau, die SPD habe eine 140-jährige Tradition in der Politik der Gleichberechtigung. – Auf diese Weise verteidigt die SPD nicht mehr *die Migranten* vor der Diskriminierung durch die CSU, sondern nur noch *sich selber*. Im Grunde stellt sich Rainer Volkmann von der SPD voll auf die Seite der CSU was die Vorurteile und Verdächtigungen gegenüber Migranten angeht.

Proteste in Stuttgart

Zum Schluss wollen wir noch aus dem Spiegel zitieren, um zu zeigen, dass es durchaus Widerstand und Möglichkeiten für Widerstand gibt:

„Mehrere hundert Menschen demonstrierten am Samstag in Stuttgart gegen den umstrittenen Leitfaden zur Einbürgerung der Landesregierung. Dort wird bereits seit dem 1. Januar jeder Einbürgerungsbewerber mit einem so genannten „Gesinnungstest“ konfrontiert - einem stark umstrittenen Katalog von 30 Fragen, mit denen Einbürgerungsbewerber zu gängigen Klischees über den Islam befragt werden.

Die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber (SPD) sagte auf der Kundgebung in Stuttgart, zu der eine Bürgerinitiative von rund 50 deutsch-türkischen Vereinen aufgerufen hatte, dass sie sich weiterhin mit aller Kraft gegen den Fragebogen wehren werde. „Ich erwarte von den Ministern einer Landesregierung, dass sie jede einzelne Frage des Bogens auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen“, sagte Weber. Sie wünsche sich, dass noch andere Politiker ihrem Beispiel folgen und den Bogen öffentlich kritisieren würden. Nach anfänglichem Widerstand hatte die Stadt Heidelberg vor einer Woche erklärt, den heftig umstrittenen Gesprächsleitfaden doch anzuwenden.“^{ix}

Hier sollten sich die sozialdemokratischen Bürgermeister Bayerns ein Beispiel nehmen. Der bayerische Fragebogen muss zurückgenommen werden und dafür kann man eintreten auch wenn das Innenministerium die Anwendung vorschreibt.

Wengert und Hummel werben zurzeit verstärkt für den interkulturellen Dialog und eine interkulturelle Politik mit dem Ziel: „Die Stadt Augsburg soll eine demokratische internationale Stadtgesellschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft werden.“ Die Stadtspitze sollte sich im Klaren darüber sein, dass eine Anwendung des Fragebogens diesem schönen Ziel frontal widerspricht und daraus politische Konsequenzen ziehen. Eine Protesterklärung von Rot-Grün im Stadtrat wäre für den Anfang das mindeste.

Noch ein Wort zur „Verfassungstreue“. Die Einwanderer stellen ihre Verfassungstreue seit Jahr und Tag unter Beweis, es ist nichts anderes bekannt. Auch Baden-Württembergs Innenminister Rech muss nach zweimonatiger Anwendung des „Gesprächsleitfadens“ zugeben: „Zweifel an der Verfassungstreue haben sich in den Gesprächen bislang nicht erhärtet.“ Das ist schon ein sehr erstaunliches Eingeständnis, zumal wenn man weiß, dass der „Gesprächsleitfaden“ einen Haufen schmutziger Fangfragen enthält. Dennoch behauptet Herr Rech weiterhin, dass jeder fünfte Muslim die Verfassung nicht anerkenne.^x

In Wirklichkeit geht es gar nicht um die Verfassungstreue. Hört man genau hin auf die Formulierungen der Union, so geht es zum Beispiel darum, dass der Ausländer eine „innere Hinwendung“ zum Grundgesetz erkennen lassen soll. Es reicht also nicht, wenn der Migrant das Grundgesetz anerkennt, indem er es befolgt. Die Union will eine „innere Hinwendung“ sehen und zwar nicht nur zum Grundgesetz. So geht es Innenminister Rech um „die Hinwendung zu unserem Staat“.^{xi} Und laut Innenminister Beckstein gehe es darum, „keine Leute einzubürgern, die die deutsche Rechts- und Kulturordnung nicht anerkennen“.^{xii}

Es geht also streng genommen weder um die Verfassungstreue noch um die *Verfassung*. Es geht der Union um die Unterwerfung der Migranten unter eine „deutsche Kulturordnung“, um die Ausschaltung anderer kultureller Einflüsse auf diese „deutsche Kulturordnung“ – was immer das ist und wer immer diese definiert. Es geht nicht um die Verfassungstreue, sondern um die *politische Gesinnung*. Und die darf weder links noch antifaschistisch sein, sie darf z.B. auch nicht dem kurdischen Widerstand verpflichtet sein. Und es geht nicht einfach um die Anerkennung unserer Rechtsordnung, sondern um *Staatstreue* und *Loyalität* gegenüber dem deutschen Herrschaftssystem. Den Knüppel der Gesinnung, Staatstreue und Loyalität gegenüber unserer „Ordnung“ kann sich die politisch herrschende Klasse beliebig schnitzen. Es ist ein reines Willkürinstrument und hat mit der Verfassung nicht nur nichts zu tun, sondern ist eigentlich schwer verfassungswidrig. Und ein Hardliner wie Innenminister Rech bedeutet uns ganz offen: „Der Leitfaden war der Anfang...“. Hier fällt uns nur ein: „Wehret den Anfängen...“

Peter Feininger

Quellenhinweise:

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg (IGBW) haben den Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner um eine „**rechtspolitischgutachterliche Stellungnahme**“ zu dem umstrittenen baden-württembergischen „Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsbehörden“ gebeten. Am 12.1.2006 hat Gössner, der auch Vorsitzender der Internationalen Liga für Menschenrechte ist, die Stellungnahme vorgelegt, am 23.1. haben die muslimischen Verbände sie in der Landespressekonferenz Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihr Ergebnis ist eindeutig. Berichterstattung in den Antifa-Nachrichten:

http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/060305_fragebogen/an04_06_S12-14.pdf

Presseerklärung der VVN/BdA Bundesbüro

Skandalöser „Einbürgerungs-Fragebogen“

NS-Verfolgte fordern Bayerische Staatsregierung zur sofortigen Rücknahme auf

http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/060305_fragebogen/vvn_presseerklaerung.pdf

Gesprächsleitfaden für die Einbürgerungsbehörden in Baden-Württemberg

http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/060305_fragebogen/leitfaden-bawue.pdf

ⁱ http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/060305_fragebogen/leitfaden-bawue.pdf

ⁱⁱ <http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/aktuell/art297,475156.html>

ⁱⁱⁱ www.bayern.landtag.de/lisp/doc/ablage/858/3824.pdf

^{iv} **Ein Interviewkatalog soll Terroristen entlarven helfen**

Zweifelhafte Fragen

Verfassungsschützer leisteten Hilfe bei Formulierung

NÜRNBERG – Djamilia K. versteht die Welt nicht mehr. „Die wissen alles über mich“, sagt die 38-jährige Algerierin. Alles von der Bedrohung durch den Terror islamistischer Gruppen, der die junge Frau in ihrer Heimat ausgesetzt war und vor der sie – nachdem ein Bekannter ermordet wurde – voller Verzweiflung nach Deutschland geflohen ist. Die Geschichte der Französischlehrerin ist dokumentiert in ihren umfangreichen Asylunterlagen, und sie ist anerkannt als nichtstaatliche Verfolgung. Djamilia K. durfte deshalb in Deutschland bleiben. „Und jetzt muss ich plötzlich einen Fragebogen ausfüllen, in dem ich behandelt werde, als wäre ich selbst eine Islamistin und Terroristin.“

„Sicherheitsrechtliche Befragung“ heißt die Aktion, die Ende letzten Jahres vom bayerischen Innenministerium gestartet wurde. Ausländer aus so genannt Problemstaaten, die ihre Aufenthaltsgenehmigung beantragen oder verlängern lassen wollen, müssen sich ihr unterziehen. Im Hause Beckstein bezieht man sich auf das 2. Antiterrorpaket der Bundesregierung, das unter anderem vorschreibt, Personen, die die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden, eine Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern. Ein Grundsatz gegen den sich nach den Erfahrungen des 11. September 2001 kein politischer Widerspruch erhob. So hat beispielsweise auch die Vorsitzende der Landtags-Grünen, Christine Stahl, vollstes Verständnis dafür, „dass man präventiv tätig sein will und etwa nach Leuten mit Verbindungen zur Terrororganisation Al Quaida sucht.“

Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln man das tut. Bayern hat sich nach Ansicht Stahls dazu entschlossen, alle Menschen aus den betroffenen Ländern „unter Generalverdacht zu stellen“. Im Innenministerium gibt man keine Auskunft, welche Namen auf der Liste der „Problemstaaten“ stehen. Nach Informationen der Grünen geht es um sämtliche arabische Staaten, Palästina, Iran, Afghanistan, Nordkorea und die Philippinen. Der Fragenkatalog, den hier lebende Menschen aus diesen Ländern bei der Beantragung oder Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung beantworten müssen, wurde vom Verfassungsschutz ausgearbeitet. Lange Zeit wurde der Inhalt streng geheim gehalten. Den Landtagsgrünen gewährte man erst Einblick, als sie dies im Rechts- und Verfassungsausschuss offiziell beantragt hatten.

Das Fragenspektrum ist breit. Potenzielle Terroristen sollen etwas dadurch aufgespürt werden, dass sie angeben müssen, ob sie ein Flugzeug fliegen können, Waffen besitzen, in einem Schützenverein Mitglied sind oder jemals in Ländern wie Afghanistan waren. Außerdem wird nach der Mitgliedschaft in extremistischen, terrorverdächtigen Parteien und Organisationen beziehungsweise nach Kontakt zu Angehörigen solcher Gruppen gefragt. Eine Reihe von türkischen Organisationen – unter anderem die Regierungspartei AKP – musste aus dem Anhang des Fragebogens nach heftigem Protest der Türkei gestrichen werden. Istanbul hatte den deutschen Botschafter einbestellt und türkische Medien unterstellten dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein Rambo-Manieren.

Gewaltiger Aufwand

Die Grünen fordern seit längerem, die komplette Befragung einzustellen. Sie kritisieren nicht nur den gewaltigen Aufwand (Stahl: „Das ist eine große Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den Verfassungsschutz“). Sie zweifeln auch den Sinn der Aktion an. So würden sich, meint Christine Stahl, potenzielle Terroristen wohl kaum selbst belasten und etwa ankreuzen, dass sie Kontakt zu Al Quaida unterhalten. Unbescholtene Ausländer könnten dagegen aus Angst, beispielsweise eingeräumte Reisen nach Afghanistan könnten sie um die Aufenthaltsgenehmigung bringen, die Unwahrheit angeben und sich dadurch am Ende erst recht in Schwierigkeiten bringen.

Im Innenministerium zeigt man sich freilich unbeeindruckt von solcher Kritik. „Wir können es schließlich nicht zum Maßstab machen, wie manche Fragen auf die Befindlichkeit der Befragten wirken“, sagt Sprecher Michael Ziegler. Und wie viele Verdächtige hat man mit dem Fragebogen aufgespürt? „Kein Kommentar.“

HANS-PETER KASTENHUBER

21.7.2003 0:00 MEZ

Quelle: iranliberty.com, bzw. da dort offensichtlich nicht mehr vorhanden, aus dem Cache von Google

^v http://www.gj-schwaben.de/fileadmin/Gruene-Jugend/Schwaben/Bildergalerie/Muslimtest_Dateien_Augsburg/Pressemitteilung_Muslimtest.doc

^{vi} „Dass schon das bestehende Einbürgerungsrecht eine Fülle von Hürden enthält – in der Regel acht Jahre Aufenthalt vor Einbürgerung, Bestreitung des Lebensunterhalts aus eigener Arbeit, Deutschkenntnisse, Überprüfung durch den Verfassungsschutz, Gebühren von 500 Euro pro Einbürgerung usw. – mit der Folge, dass die BR Deutschland noch immer eines der europäischen Länder mit der geringsten Einbürgerungsquote ist, ignorieren die Landesregierung in Baden-Württemberg und die anderen Unionsländer dabei vollständig.“ Aus einem Artikel von *rül* in den antifa-Nachrichten 4/2006 mit dem Titel „Islamische Verbände zum baden-württembergischen „Gesprächsleitfaden“ – Grundgesetzwidriges und integrationsfeindliches

Sonderrecht gegen Muslime“. Hier findet sich auch eine Statistik der Einbürgerungen, die seit 2000 stark rückläufig sind (2000: 186.688, 2004: 127.150)

http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/060305_fragebogen/an04_06_S12-14.pdf

^{vii} So gut scheint Herr Welnhofe die einheimische „Hausordnung“ nicht zu kennen oder beachten zu wollen. Das Regensburger Amtsgericht mußte den CSU-Vorsitzenden der Stadt im vergangenen Jahr wegen grob verkehrswidrigem und rücksichtslosem Verhalten im Straßenverkehr in Tateinheit mit Fahrerflucht zu 4800 Euro Geldstrafe verurteilen und ein dreimonatiges Fahrverbot verhängen.

^{viii} Auf dem Server des bayerischen Landtags kann man sich einen kompletten Video der aktuelle Stunde ansehen:


http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_TOP3969_ISDN_akamai.asx

Die einzelnen Beiträge finden sich hier:

 **Martin Sailer (CSU)**  http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4698_ISDN_akamai.asx

 **Rainer Volkmann (SPD)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4696_ISDN_akamai.asx

 **Dr. Sepp Dürr (GRU)**  http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4697_ISDN_akamai.asx

 **Peter Welnhofe (CSU)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4695_ISDN_akamai.asx

 **Angelika Weikert (SPD)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4699_ISDN_akamai.asx

 **Reserl Sem (CSU)**  http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4700_ISDN_akamai.asx

 **Christa Stewens (StMAS)**  http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4735_ISDN_akamai.asx

 **Wolfgang Vogel (SPD)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4701_ISDN_akamai.asx

 **Dr. Günther Beckstein (StMI)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4736_ISDN_akamai.asx

 **Christa Matschl (CSU)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4702_ISDN_akamai.asx

 **Franz Schindler (SPD)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4703_ISDN_akamai.asx

 **Martin Neumeyer (CSU)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4704_ISDN_akamai.asx

 **Dr. Sepp Dürr (GRU)**  http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4737_ISDN_akamai.asx

 **Rainer Volkmann (SPD)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4738_ISDN_akamai.asx

 **Peter Welnhofe (CSU)** 
http://www.bayern.landtag.de/lisp/metafiles/wp15/15_61/mediaplayer/15_61_4739_ISDN_akamai.asx

^{ix} SPIEGEL ONLINE - 12. Februar 2006

URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,400437,00.html>

^x „Wir haben keinen Kampf der Kulturen“

Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech über seinen umstrittenen Einbürgerungsleitfaden und persönliche Erlebnisse mit Moslems

[...] DIE WELT: Seit dem 1. Januar ist der Gesprächsleitfaden in Kraft. Welches Fazit ziehen Sie bisher?

Rech: Es gibt bislang keinen Fall, wo es bei dem persönlichen Gespräch zu Kontroversen um den Leitfaden gekommen ist. Die Beamten also besitzen das nötige Fingerspitzengefühl. Sie greifen sensibel die Themen auf, die ihnen für ihre Gesprächspartner angemessen erscheinen. Früher hingegen gab es Probleme. Vor dem Erlass nämlich wurde Wissen getestet, das manchem Einbürgerungsbewerber Probleme bereitete. So wurde nach dem Unterschied zwischen Bundestag und Bundesrat gefragt. Beim besten Willen: Das muss man nicht unbedingt wissen, um Deutscher zu werden.

DIE WELT: Haben denn Bewerber um die deutsche Staatsangehörigkeit seither Zweifel an ihrer "inneren Hinwendung" zum Grundgesetz erkennen lassen?

Rech: Der Anlaß für die Gespräche bestand zumeist in Zweifeln der Beamten, ob der Bewerber verstanden hat, zu was er sich bekennt, was er unterschreibt. Zweifel an der Verfassungstreue haben sich in den Gesprächen bislang nicht erhärtet. [...]

<http://www.welt.de/data/2006/03/01/853185.html>

^{xi} Die Welt, ebd.

^{xii} Beckstein im Landtag am 16.2.2006 nach Augsburgener Allgemeine 17.2.2006